

Eine-Welt-Landeskonferenz am 5./6. März in Solingen

Protokoll der Podiumsdiskussion am Samstag, 6.3.2010

Auf dem Podium:

- Chris Bollenbach, CDU
- Renate Hendricks, SPD
- Sylvia Löhrmann, Grüne
- Bärbel Beuermann, Linke

Moderation: Andreas Vollmert

Themen:

Wie kann die NRW-Landespolitik die Themen der Konferenz positiv voranbringen? Welche Energie- und Klimaschutzpolitik verfolgen die Parteien in NRW? Was kann man tun, damit NRW nicht Schlusslicht beim fairen Beschaffungswesen bleibt? Wo möchten die Parteien im Falle eines Wahlsieges Akzente in der Eine-Welt-Politik setzen und wie sollen diese finanziert werden?

Vollmert: Ich bin gespannt wie sich die Politiker hier heute behaupten werden. Die FDP hat abgesagt, ist das ein Zeichen? Wir wissen es nicht. Es sind auch unter Rot-Grün viele interessante Projekte entstanden (Promotorenprogramm). Was hat sich unter Schwarz-Gelb verändert?

Vorstellung der einzelnen Kandidaten: Für die CDU Chris Bollenbach, seit 1994 im Kreisrat, wurde 2005 in den Landtag NRW gewählt. Er ist Mitglied des Schul- und Petitionsausschusses. Für die SPD Renate Hendricks, die seit einer Legislaturperiode im Landtag in Düsseldorf die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion ist. Für Bündnis Grüne Sylvia Löhrmann, seit 15 Jahren im NRW-Landtag. Für die Linke Bärbel Beuermann, führt Landesliste NRW an. Die FDP NRW hat abgesagt.

Vollmert: Zwei Punkte: Die Landesregierung hat entwicklungspolitische Leitlinien aufgestellt. Die Politik soll sich an den Millenniumszielen ausrichten und Bildung soll einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten. Der Landtag hat 2008 einstimmig einen Antrag, der sich für nachhaltige Politik einsetzt, beschlossen. Die Kandidaten haben das mit unterschrieben. Was ist denn seit 2008 eigentlich passiert?

Bollenbach: Wir haben gemeinsam einiges gemacht im Bereich Entwicklungspolitik. NRW macht ganz viel in der Entwicklungszusammenarbeit, das kann auch so bleiben. Zum Beispiel ist die Partnerschaft

mit Ghana intensiviert worden. Darauf kann man aufbauen, durch das Ghana Netzwerk werden Kräfte gebündelt.

Vollmert: Armin Laschet war ja auch da und hat das sehr positiv vorgestellt. Ist es denn so rosig, Frau Löhrmann?

Löhrmann: Laschet macht keine so gute Entwicklungspolitik und einen Punkt bedaure ich sehr. Es war falsch, den Cent für kommunale Entwicklungszusammenarbeit abzuschaffen. Dieses Geld wurde sehr gut investiert und hat so viele positive Impulse ausgelöst. Wir haben hier in Solingen z.B. eine Agenda 21 und wir würden das als Grüne wieder einführen. Auch den Eine-Welt-Beauftragten möchten wir wieder einführen. Wir müssen global und lokal denken wenn wir die Probleme Klima, Hunger etc. in den Griff kriegen wollen.

Hendricks: Eine Welt hat für uns eine wesentliche Bedeutung und ist Bestandteil unseres Wahlprogramms. Wir knüpfen an Johannes Rau an und an die Erfahrungen. Die vielen Gruppen und Ehrenamtlichen im Land stellen eine große Unterstützung dar, ohne sie können wir nicht vorankommen.

Vollmert: Menschen und Gruppen, die nicht im Landtag sind, ist das das Klientel?

Beuermann: Es geht nicht um das Klientel, sondern um die Inhalte Klimaschutz, Naturschutz etc. Ich hörte eine Rede von Laschet, dann las ich in der Zeitung, dass die Bundesregierung nur 17 Mio. Euro für Entwicklungspolitik eingeplant hat. Wie soll denn gute Entwicklungszusammenarbeit geleistet werden, wenn die Mittel so drastisch gekürzt werden? Wir müssen als Politiker viel mehr auf die Stimmen der NGO's hören. Ich hoffe, dass wir weiterhin bezüglich des Klimaschutzes auf die hier anwesenden ExpertInnen hören werden.

Vollmert: Stichwort faires Beschaffungswesen. Warum nicht in NRW?

Bollenbach: Wir haben heftig diskutiert, ob wir eine Empfehlung herausgeben. Das Land tätigt diese Ausgaben gar nicht. Es ist nur ein kleiner Bereich, der da eingefasst würde. Ganz viele Ministerien verbrauchen faire Produkte. Das sollte nicht oben verordnet werden, sondern freiwillig geleistet werden. Es sollte dort gemacht werden wo die Zuständigkeit ist.

Vollmert: Ein Beispiel, bitte.

Hendricks: Wir haben an die Landtagspräsidentin geschrieben, faire Blumen einzusetzen. Dieser Vorschlag ist nicht aufgegriffen worden und alle Anträge wurden abgeschmettert. Erst eine große Anfrage hat Bewegung in die Sache gebracht.

Löhrmann: Die Frage ist doch, wie man das Ganze voranbringt. Wir könnten heute schon viel weiter sein, wenn es Leitlinien vom Landtag gäbe. Es hat viele Einsparungen gegeben (z.B. Stiftung SUE,) und viele Einschnitte sind von der FDP gekommen. Sie haben keinen Bezug zur Entwicklungszusammenarbeit, deswegen sind sie heute nicht hier, da sie einfach keinen Bezug haben. Es gab viele Vorschläge, die die Entwicklungszusammenarbeit auf Landesebene blockierten.

Beuermann: Ich bin irritiert. Wenn wir erwarten, dass die Leute Ressourcen schonen, sollte der Landtag sich doch eine Selbstverpflichtung auferlegen, wie z.B. einige Kirchengemeinden in NRW das schon gemacht haben. Warum nicht auch mal von unten nach oben Ideen aufgreifen? Die Stadt Düsseldorf hat das faire Beschaffungswesen, vom Beispiel zum Gesetz.

Bollenbach: Die Mittel der Stiftung haben wir gekürzt, aber wir haben auch eine neue Grundlage gelegt, damit die Stiftung überhaupt weiter arbeiten kann.

Vollmert: Fragen ins Publikum.. Fragen, die unter den Nägeln brennen: Wie isoliert kann eigentlich Entwicklungspolitik und Klimaschutzpolitik betrachtet werden? Klimaschutz und Kohlepolitik der SPD - wie geht das zusammen?

Löhrmann: Ich bin kein Energiepolitiker. Im Wahlprogramm steht, dass wir keinen Ausstieg aus der Kohle wollen, aber es gibt einen Unterschied zwischen Bund und Land. Wir wollen auf jeden Fall den Ausstieg aus der Atomenergie. Mit der Technologie haben wir hier einen Exportschlager, es ist eben auch ein Anliegen, diese effiziente Technologie weiterzugeben.

Frage: Werden Sie ein Neubauverbot für Kohlekraftwerke erlassen?

Löhrmann: Dieser Punkt ist ein Stolperstein für Koalitionsgespräche. Wenn wir Klimaschutz ernst nehmen, müssen wir mit dem Umbau des Energiesystems heute anfangen. Die Grünen sehen hier zwei zentrale Bausteine: Energie-Einsparungen und Förderprogramme für die Gebäudesanierung. Zweiter Punkt: wir brauchen eine dezentrale Energieversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung. Damit legt man sich allerdings mit den Energiekonzernen an. Dazu sind CDU und SPD nicht bereit. Die CDU ist ganz weit davon entfernt. Angeblich sind die neuen Kohlekraftwerke ja so effizient, dabei muss man sich vor Augen halten, dass sie immer noch mit 50% Energieverlust arbeiten. Kohleverstromung ist nicht zukunftsfähig!

Frage an CDU: Warum dürfen die Stromkonzerne Milliardengewinne machen, müssen sich aber nicht an den Folgen (z.B. Asse II) beteiligen?

Bollenbach: Ich bin kein Energieexperte und kann nicht darauf antworten. Mein Bauchgefühl sagt: Das verstehe ich auch nicht. Unternehmen sollten sich beteiligen. Es gibt auch allgemeine Energiefragen: keiner hier in NRW will neue Atomkraftwerke haben. Röttgen will auch den Ausstieg. Wir können aber mit erneuerbaren Energien den Bedarf nicht decken.

Frage: Warum werden die Solarförderungen gekürzt, obwohl 30% der Bevölkerung eine stärkere Förderung wünschen?

Beuermann: Das verstehe ich auch nicht. Förderprogramme müssen gestärkt und nicht gekürzt werden. Wir wollen den Ausstieg aus dem Braunkohle- und Steinkohlebergbau.

Bollenbach: Stichwort Solarförderung: Ich komme aus einem Handwerkerbetrieb. Die Entwicklung der Einkaufspreise ist drastisch gesunken. Die Förderungen pro Anlage werden reduziert. Wenn das Produkt im Preis sinkt, kann die Förderung nicht steigen.

Löhrmann: Landesentwicklungsplan: Gerichtsentscheidung zu Datteln: das ist nicht im Einklang mit dem Ziel des Klimaschutzes. Dann hat man einfach das Gesetz geändert, das finde ich ganz fatal! Auf internationaler Ebene wird um Reduktionsziele gestritten und auf der Landesebene wird das per Gesetz unterlaufen.

Frage: Welche Partei ist für die Abschaffung der Studiengebühren?

Beuermann hebt die hand... wer noch?

Beuermann: Es gibt natürlich verpflichtende Lehrpläne. Die Thematik ist wichtig, aber wir sollten viel eher anfangen, z.B. in den Kindergärten. Es liegt auch an den KollegInnen. Man kann sich auch manchmal über die Lehrpläne hinwegsetzen und Klimaschutz und Eine Welt – Themen in den Unterricht einbringen.

Vollmert: Durch das Turboabitur wird das natürlich nicht leichter. Müssen die Themen nicht deutlicher in die Lehrpläne aufgenommen werden?

Hendricks: Die Landesregierung versucht sich rauszuhalten. Das Abitur ist ein Problem, ein anderes der unsägliche Druck, z. B. dass kein Unterrichtsausfall vorkommen darf. Wir brauchen viele Organisationen, die mit in die Schule kommen, damit Kinder merken, dass die Eine Welt sie etwas angeht. Die Anmeldungen für Gesamtschulen sind gestiegen. Das ist eine verfehlte Bildungspolitik. Hinsichtlich der Zukunft des Lernens ist NRW kein Vorbildland mehr. Die Landesregierung finanziert hier noch nicht mal Cent-Beträge. Wir müssen in die Lehrer- und Erzieherausbildung mehr einbringen.

Löhrmann: Wir müssen hier auch vom Lehrplan und Fächerprinzip weg. Kinder lernen am besten in Projekten und das gilt in besonderem Maße für die Eine Welt Politik. Wir müssen dahin kommen, dass in Schulen Projektwochen gemacht werden und dafür ein Programm aufgelegt wird.

Bollenbach: Wir haben die Themen in den Fächern Geographie etc. festgelegt. Außerdem haben Lehrer/innen Spielraum auch eigene Akzente zu setzen. Ich glaube auch, dass Lernen in Projekten gute Effekte haben könnte.

Hendricks: Wir haben aber eine völlige Überfrachtung der Lehrpläne, keine LehrerIn wird ihnen den Spielraum bestätigen.

Beuermann: Keine LehrerIn hat 20% übrig für Projekte. Wie lernen die Oberstufenschüler? Es wird nur auf das Abi hingeprügelt.

Frage: Globales Lernen von der außerschulischen NGO: das Promotorenprogramm ist gefährdet, wie kann es gesichert werden? Sollen Eine Welt GFG-Mittel wieder eingeführt werden?

Hendricks: Koordinatoren sollen weiter gefördert werden.

Löhrmann: Das Promotorenprogramm soll wieder ausgebaut werden und die GFG-Mittel sollen auch wieder eingeführt werden, damit in allen Kommunen Eine Welt – Initiativen auf Unterstützung bauen können.

Bollenbach: Das Promotorenprogramm ja, GFG nein, Stiftung erhalten.

Beuermann: Wichtig ist, wenn sich das Land Leuchtturmprojekte Ruhr 2010 leistet, dann muss eben auch Eine Welt Arbeit gefördert werden. Eine Welt Arbeit in den Kommunen ist ganz wichtig.

Frage: Warum gibt es für die Ghana-Partnerschaft kein Geld? Rheinland-Pfalz gibt auch Geld für seine Partnerschaften aus.

Bollenbach: Wir haben zwar keinen eigenen finanziellen Ansatz für Ghana, aber wir geben für Projekte 350.000 € in Ghana aus.

Vollmert: Ist das denn das schwarz-gelbe Vorzeigeprojekt? Mir erschien es sehr bürokratisch. Hat hier im Saal schon jemand was damit gemacht? (Einer zeigt auf). Die Identifikation scheint gar nicht so groß zu sein.

Bollenbach: Im Ghanaforum sind 120 Gruppen. Das ist für die neue Partnerschaft ein gutes Ergebnis. Mpumalanga ist ebenso wichtig. Beide Partnerschaften sollen weiter gefördert werden. Wir haben da viele Kontakte. Es ist kein Vergleich mit Rheinland-Pfalz, die haben 20 Jahre Erfahrung.

Beuermann: Wir in Herne möchten auch eine Partnerschaft mit Ghana eingehen. Das geht aber nicht weil die Kommune unter dem Finanzierungsicherungs-Vorbehalt steht. Wie verträgt sich das?

Bollenbach: Trotzdem kann Herne eine Partnerschaft eingehen.

Hendricks: Die Regierung ging davon aus, dass die Kommunen das von selbst machen. Das ist schwierig, weil aus Ghana dann finanzielle Erwartungen folgen, die die Kommunen nicht leisten können. Es gibt aber auch Schul- und Jugendaustausche. Aber Organisationen erzählen von Obergrenzen von 4000 €, damit lässt sich kein Austausch machen. Die Mpumalanga-Partnerschaft gibt es schon viel länger. Die Regierung zieht aber z.B. den Koordinator in Mpumalanga dieses Jahr zurück, weil das Geld fehlt. Wie soll denn die Partnerschaft überhaupt weitergeführt werden, wenn es kein Geld gibt?

Frage: Wie motivieren Sie Migranten? Für eine gute Gemeinschaft ist eine gute Bildung für Migranten unerlässlich. Was wollen Sie für Asylsuchende tun?

Löhrmann: Wir fordern die Einführung des Wahlrechts für MigrantInnen! Das wäre ein wichtiges Signal, nämlich dass sie nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte haben. Die Grünen hatten einen Migrationsausschuss im Landtag durchgesetzt. Die zentrale Erarbeitung von zentralen Problemen, das brauchen wir wieder. Was den Aufstieg der Zugewanderten angeht, da ist die Bildungsfrage zentral. Deshalb wollen wir ein anderes Schulsystem, das nicht so früh sortiert, das würde Migrantenkindern mehr Chancen geben. Wir können uns nicht leisten dieses Potenzial zu verschenken. Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Wir wollen Mittagessen in den Schulen, finanziert vom Land, damit kein Kind aus finanziellen Gründen von der Ganztagschule abgemeldet wird.

Bollenbach: Es gibt das Projekt „kein Kind ohne Mahlzeit“, da wird so viel finanziert und es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir haben 28 Mio. Euro für die Sprachförderung der Kinder. Es ist wichtig für die Kinder, deutsch sprechen zu können.

Hendricks: Es gibt Anträge zum Migrationsgesetz. Im nächsten Ausschuss soll es zumindest in der nächsten Legislaturperiode eine Regelung geben. Thema Sprachförderung: sie testen, aber sie fördern nicht. Dies ist äußerst problematisch. In der Grundschule muss weiter gefördert werden. Frau Löhrmann hatte Recht mit der Aussage, dass wir nicht so früh sortieren dürfen. Das Thema Mittagessen ist keine Frage, denn es darf kein Kind ohne Mahlzeit sein. Die Kommunen müssen Sponsoren für dieses Projekt einspannen! Das ist keine soziale Politik!

Beuermann: Für mich ist Bildungsgerechtigkeit auch ganz wichtig. Was ich Ihnen sagen möchte: Kein Mensch darf illegal sein! Eine gute Politik bekämpft die Fluchtursachen und nicht die Flüchtlinge. Aktuell sollten Mädchen ausgewiesen werden, obwohl sie Ausbildungsstätten haben konnten. Das

Asylrecht/Bleiberecht ist ein weites Feld, das wir hier bearbeiten müssen. In den Ämtern gibt es die interne Anweisung, knallhart vorzugehen, das ist menschenverachtend, was da abläuft.

Frage: Wie stehen sie zur Abschiebung der Sinti und Roma?

Beuermann: In meiner Schule kommen viele Sinti und Roma Kinder auf mich zu und fragen: „Werden wir bald abgeschoben?“ Sie sind integriert und sollen nun abgeschoben werden?

Hendricks: Wir haben in NRW eine negative Wanderung. Leute mit guten Abschlüssen werden abgeschoben, das darf nicht so weiter gehen!

Löhrmann: Wir haben viele Anträge zu dem Thema eingebracht. Der Petitionsausschuss bearbeitet viele Fälle sehr hilfreich. Auch die Härtefallkommission hilft an diesen Stellen. Das müssen wir hier würdigen.

Bollenbach: Ich bin auch Mitglied des Petitionsausschusses. Es gibt immer nur Einzelfälle. Da wo wir helfen können, tun wir das auch. Die Arbeit ist sehr erfolgreich und fraktionsübergreifend. Es gibt eben auch Fälle, wo das Gesetz verletzt wird.

Frage: Warum werden Produkte aus Kinderarbeit nicht verboten? Warum wird am Wirtschaftswachstum als politisches Ziel festgehalten?

Beuermann: Ich glaube, dass die Regierung sich nicht traut, Kinderarbeit zu stoppen. Es stünde hier aber ein Signal an, dass wir diese Produkte nicht wollen.

Hendricks: Werden die ILO-Standards beachtet, ja oder nein? Ute Koczy hat eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt bezüglich Grabsteine. Das muss auf Bundesebene gemacht werden. Zweite Frage, Thema Wachstum: Wir müssen da auf jeden Fall umdenken. Wir brauchen ein nachhaltiges Wachstum, welches sich an den ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen orientiert. Hier und da wird auch negatives Wachstum in Kauf genommen werden müssen. CDU und FDP haben das nicht begriffen, siehe Wachstumsbeschleunigungsgesetz und ebenso die absurde Abwrackprämie. Das war ja nicht nachhaltig, u.a. auch weil die Autoindustrie einbricht. Wir brauchen einen „green new deal“ wenn wir lokales und globales Handeln in Einklang bringen wollen.

Bollenbach: Zur Abwrackprämie: Ich glaube, dass wir Wachstum brauchen, nicht unbedingt in der Autoindustrie, aber z.B. bei den erneuerbaren Energien. Die Frage ist, wo brauchen wir das Wachstum. Aber ohne Wachstum geht es nicht.

Hendricks: Ich bin nicht der Meinung, dass wir damit rechnen können, immer Wachstum zu haben. Es gibt demografische Faktoren. Wir müssen ganz anders über Ressourcen und die Gesellschaft nachdenken, denn so können wir nicht weiter machen.

Frage: Warum gibt es bei diesen wichtigen Fragen der Entwicklungspolitik überhaupt Streitigkeiten unter den Parteien?

Bollenbach: Wenn es um Entwicklungspolitik geht legen wir hier in NRW die Fraktionshüte beiseite und einigen uns. Ich würde mir wünschen, dass wir mehr gestalten könnten ohne diese Umstände.

Hendricks: Wir haben zwei Anträge gemeinsam verabschiedet. Die waren allerdings nicht so tragfähig, deshalb haben wir die große Anfrage an den Landtag gestellt.

Löhrmann: Ich unterstelle Ihnen nicht, dass auch Sie diese Zielsetzung haben, aber es muss auch Folgen haben, was man sagt. Da muss es eben wirtschaftliche Einschnitte geben. Die Politik lebt aber auch von der Auseinandersetzung. Es ist nicht schlimm unterschiedliche Ansätze zu haben, davon lebt Demokratie.

Beuermann: Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit sind gesamtgesellschaftliche Themen. Die müssen parteiübergreifend angegangen werden.